

Vorlage Nr. 058/06/1

Betreff: **Resolution zum Bleiberecht von Flüchtlingen mit langjährigem Aufenthalt**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Rat der Stadt Rheine						Berichterstattung:		Frau Ehrenberg
TOP	Abstimmungsergebnis					z.K.	vertagt	Verwiesen an:
	Einst.	Mehr.	ja	nein	Enth.			

Betroffene Produkte

2204	Betreuung von Migranten
------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Gesamtkosten der Maßnah- me €	Finanzierung		Jährliche Folge- kosten ☐ keine €	Ergänzende Darstellung (Kosten, Folgekosten, Finanzie- rung, haushaltsmäßige Abwicklung, Risiken, über- und außerplanmäßige Mittelbereit- stellung sowie Deckungsvor- schläge) siehe Ziffer der Begründung
	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüs- se/Beiträge) €	Eigenanteil €		

Die für die o. g. Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen

- ☐ beim Produkt/Projekt in Höhe von € **zur Verfügung.**
- ☐ in Höhe von **nicht** zur Verfügung.

mittelstandsrelevante Vorschrift

☐ Ja ☒ Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Rat beschließt die folgende Resolution zum Bleiberecht von Flüchtlingen mit langjährigem Aufenthalt in der Stadt Rheine und sendet sie an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Bitte, den in der Resolution vorgetragenen Gesichtspunkten zu folgen.

Resolution

Aus gegebenem Anlass bittet der Rat der Stadt Rheine den Innenminister des Landes NRW, auf den Gesetzgeber einzuwirken, umgehend ein Bleiberecht für Menschen zu ermöglichen, die bereits eine erkennbare Integration in die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gefunden haben. Diese umfasst neben dem Erlernen der deutschen Sprache auch die Erfüllung der Schulpflicht und die Aufnahme von Arbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Ein Bleiberecht ist besonders im Blick auf die in Deutschland aufgewachsenen Kinder anzustreben.

In Rheine leben viele Menschen in einer rechtlichen Grauzone. Sie sind zwar behördlich geduldet, sind jedoch nicht im Besitz eines Aufenthaltstitels. Betroffen sind mit den Familien auch deren hier aufgewachsene Kinder, die Deutschland als ihre Heimat erleben und hier oft schon die Schule abgeschlossen haben. Viele dieser Menschen haben sich in die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Ordnung der Bundesrepublik integriert und sind dennoch von Abschiebung bedroht.

Für diese Menschen stellt die Abschiebung eine unzumutbare Härte dar. Eine Abschiebung ist zudem auch oft gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Stadt und sie widerspricht den humanitären und integrativen Grundsätzen, zu denen wir uns im Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine bekennen.

Begründung:

Der Integrationsrat beschloss in seiner Sitzung am 24.01.2006 sich mit oben stehender Resolution über den Rat der Stadt Rheine an den Innenminister NRW zu wenden, um auf die Situation vieler langjährig in Rheine lebender Flüchtlinge ohne Bleiberecht aufmerksam zu machen und sich für ein Aufenthaltsrecht für den genannten Personenkreis einzusetzen.